

Wahlkreis Büro der CDU
Herr Dr. Norbert Röttgen
Mülheimer Str. 33a

53604 Bad Honnef

Bad Honnef, den 19.05.2026

Betreff: Effizienter Ressourceneinsatz

Sehr geehrter Herr Dr. Röttgen,

wir als autonomes Frauzentrum in Bad Honnef arbeiten seit 40 Jahren spezialisiert im Rahmen der allgemeinen Frauenberatung und insbesondere nach häuslicher und sexualisierter Gewalt.

Frauen und junge Mädchen ab 16 Jahren erhalten hier neben den notwendigen Beratungen, auch Interventionsangebote und weitere Hilfen, um ihr Leben nach der Gewalt neu strukturieren zu können. Mehrfachbelastungen und ökonomische Gewalt sind häufig die Folge davon. Die meisten Frauen sind auch Mütter und müssen sich um den Schutz ihrer Kinder kümmern. Enttabuisierung von Gewalt ist nur ein Kernthema im wirksamen Kinderschutz, Konzentrationsstörungen, soziale Ängste und Schulverweigerung können die Folge sein.

Wir begleiten jährlich über 400 Frauen, die ohne unsere Unterstützung heute mit Ihren Kindern nicht da wären, wo sie jetzt stehen. Wir haben auch häufig erlebt, was passiert, wenn Hilfe zu spät kommt oder ganz ausbleibt. Deshalb machen wir uns ernsthafte Sorgen, dass nun Leistungen im sozialen Bereich gekürzt werden sollen, auf die unsere Frauen mit Ihren Kindern und Jugendlichen angewiesen sind.

Wir schreiben Ihnen, weil wir möchten, dass Sie wissen: Das ist kein Verwaltungsvorgang. Es geht um Menschen, um Frauen und Kinder, die wir aus unserer täglichen Arbeit gut kennen.

Seit Monaten tagt eine Arbeitsgruppe, in der Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam darüber beraten, wie sich Sozialleistungen kürzen lassen. Nicht öffentlich, nicht transparent, nicht unter Beteiligung der Menschen, die davon betroffen

wären. Der Paritätische Gesamtverband hat dieses 108-seitige Arbeitspapier nun veröffentlicht. Was darin steht, ist erschreckend.

Mehr als 70 Kürzungsvorschläge sind aufgelistet, mit einem bezifferten Einsparvolumen von über 8,6 Milliarden Euro. Das tatsächliche Volumen liegt noch höher, denn knapp zwei Drittel der Vorschläge sind gar nicht mit Zahlen unterlegt. Es geht um den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende. Um die Schulbegleitung für Kinder mit Behinderungen. Um die Nachbetreuung junger Erwachsener, die gerade erst die Jugendhilfe verlassen haben und auf eigenen Beinen stehen lernen. Um das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen, also um die Frage, ob sie selbst bestimmen dürfen, wie und wo sie leben.

Das Papier trägt den harmlosen Titel „Effizienter Ressourceneinsatz“, doch was es beschreibt, ist ein Kahlschlag.

Sie sitzen im Deutschen Bundestag und haben die Möglichkeit, das zu stoppen. Die Leistungen, um die es geht, sind keine Wohltaten, die der Staat großzügig gewährt und wieder nehmen kann. Sie sind das Ergebnis von Jahrzehnten, in denen diese Gesellschaft gelernt hat, dass Menschen mit Behinderungen ein Recht auf Teilhabe haben, dass Kinder in schwierigen Verhältnissen Unterstützung verdienen, dass Care-Arbeit professionell und bezahlt sein muss. Manche der vorliegenden Vorschläge widersprechen der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention. Deutschland hat beide unterzeichnet. Ich bitte Sie, dass Sie sich klar positionieren:

Diese Vorschläge dürfen nicht umgesetzt werden.

Mit vielen Grüßen aus Bad Honnef

Das Team des Frauenzentrums